

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Gute Nachrichten für die Arbeitsmarktpolitik im Vogtland gibt es auf der zweiten Seite: Der **Vogtlandkreis wird ab 2009 Förderregion beim Kommalkombi**.

In seinem Kommentar auf Seite 2 beschäftigt sich Rolf Schwanitz mit dem **Bildungsstandort Plauen**.

Im **Bürgerparlament** gibt es ein **neues Thema**: Die **Rentenangleichung** zwischen Ost und West. Mehr dazu auf Seite 3. Ein weiterer Artikel befasst sich mit der **Reform des Vergaberechts**.

Auf Seite 4 fordert Rolf Schwanitz, das **NPD-Verbotsverfahren** voranzutreiben. Daneben geht es auf dieser Seite um die **Stärkung der politischen Bildung**.

Kindergesundheit geht alle an, stellt Rolf Schwanitz auf Seite 5 fest. Außerdem sucht der **Luchs Don Cato** hier gute **"grüne Geschichten"**.

Auf der letzten Seite ist zunächst **Besinnliches zum Weihnachtsfest** zu finden. Weiterhin wird hier über die **Reform der Krankenhausfinanzierung** berichtet. Und die **frechen Strolche** machen sich Gedanken über die **Koalition der Vernunft**. Auch die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden.

Neue Zeitrechnung in der Krankenversicherung

Viele der selbst ernannten "Experten" aus Medien und Politik haben nicht damit gerechnet. Doch in wenigen Tagen ist es soweit: Wie bisher schon in den anderen großen Sozialversicherungssystemen, gibt es ab Januar auch in der gesetzlichen Krankenversicherung einen bundesweit einheitlichen Beitragssatz. Die Krankenkassenbeiträge und zusätzliche Steuermittel fließen dann in den Gesundheitsfonds. Aus diesem wiederum erhalten die Krankenkassen einheitliche Beträge je Versicherten und zusätzlich Zuschläge je nach Alter, Geschlecht und Krankheiten ihrer Versicherten. Anders als bisher spielt es für die Einnahmen einer Kasse keine Rolle



Foto: DGK

mehr, wie viel Arbeitslose, Rentner oder Erwerbsunfähige in ihr versichert sind. Auch die wirtschaftliche Stärke einer Region und die Frage, ob die Mitglieder hohe oder niedrige Löhne und Beiträge haben, sind für die Kasseneinnahmen in Zukunft unerheblich. Denn durch die Zuweisungen aus dem Fonds erhält die Kasse künftig je Versicherten in allen Regionen einen gleichen Betrag. Das führt gerade in den neuen Ländern zu erheblichen Einnahmeverbesserungen bei den gesetzlichen Krankenkassen. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Rolf Schwanitz, sagte dazu: "Das neue System ist solidarisch und gerecht. Es ermöglicht beispielsweise die Finanzierung des Honoraranstiegs für die niedergelassenen Ärzte von fast 20 Prozent. Das dient einer guten Versorgung der Versicherten, insbesondere im ländlichen Raum." Angesichts des wirtschaftlichen Abschwungs zeigt sich jetzt noch ein weiterer Vorteil des Fonds: Den gesetzlichen Krankenkassen entstehen zunächst keine Einnahmeausfälle durch eine ansteigende Arbeitslosigkeit, da sie die Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds unabhängig von der Einnahmentwicklung erhalten. Damit werden im Jahr 2009 Belastungen der Kassen durch die schwierige wirtschaftliche Situation verhindert.

150 Organspendeausweise verschickt

Jeder kann plötzlich durch eine schwere Erkrankung oder einen Unfall auf ein fremdes Organ angewiesen sein. Dann ist das eigene Leben von der Organspende anderer Menschen abhängig. Trotz steigender Spenderzahlen kann in Deutschland leider immer noch nicht jedem Patienten geholfen werden. Rolf Schwanitz wirbt deshalb seit langem für die Organspende im Todesfall. Er bietet seit einem knappen Jahr auf seiner Homepage auch an, Organspendeausweise kostenlos zuzusenden (www.rolf-schwanitz.de/ospende.html). Diese Initiative war und ist ein voller Erfolg. Inzwischen haben hierüber mehr als 150 potentielle Spender ihren kostenlosen Organspendeausweis erhalten. Eine Resonanz, mit der Rolf Schwanitz nicht gerechnet hatte: "Ich trage seit vielen Jahren einen Organspendeausweis bei mir und freue mich deshalb ganz besonders, dass mein Angebot so gut angenommen wird."

Schwanitz betonte, dass jede Organspende Menschenleben retten kann und hofft, dass der Service auf seiner Homepage weiterhin rege genutzt wird.



ABM-Angstkampagne einstellen!

Am 10. Dezember trafen sich Rolf Schwanitz und andere Bundestagsabgeordnete mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Plauen zur Diskussion über die Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente. Anlass waren Befürchtungen, dass durch den künftigen Wegfall der Förderung von ABM im SGB II Einbrüche im zweiten Arbeitsmarkt entstünden. Die Partei Die Linke und ihre Abgeordnete Zimmermann hatten in der Öffentlichkeit bis in die jüngste Zeit hinein behauptet, die Regierung wolle ABM für Langzeitarbeitslose durch 1-EURO-Jobs ersetzen. Im Ergebnis des Gesprächs wurden die Befürchtungen der ABM-Träger ausgeräumt und die entstandene Verunsicherung beseitigt. Rolf Schwanitz machte noch einmal klar, dass die neue Rechtslage keine Nachteile, sondern eine Verbesserung

für die Beschäftigungsförderung bringt. Der Entscheidungsspielraum der Vermittler im SGB III wird durch das neue Vermittlungsbudget gestärkt. Im SGB II wird es künftig mehr maßgeschneiderte Projekte durch die freien Förderung vor Ort geben. Ihr Anteil wurde nochmals von 2 auf 10 Prozent des Eingliederungstitels angehoben. Der neue Rechtsanspruch auf Förderung beim Erwerb eines Hauptschulabschlusses ist eine entscheidende Verbesserung gegenüber der heutigen Situation. Und auch bei ABM wird es nicht zu einem Abbruch kommen. Mit der Förderung von Arbeitsgelegenheiten in



Frau Kober und Rolf Schwanitz beim Treffen mit den vogtländischen ABM-Trägern

der Entgeltvariante steht im SGB II ein gleichwertiges Instrument zur Verfügung. Dieses hat für die Träger sogar größere Freiheitsgrade als die bisherigen ABM. Rolf Schwanitz kommentierte zum Schluss: "Das war ein gutes Gespräch. Ich bedanke mich bei der Parität und bei Frau Kober von der ARGE Vogtland für die Initiative und Unterstützung. Ich hoffe sehr, dass die PDS ihre Angstkampagne nunmehr einstellt."

Kurz kommentiert

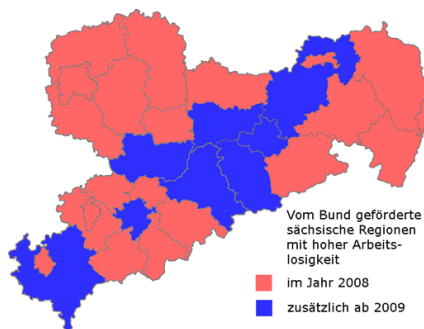
Wir haben mehr als den Spatz in der Hand

Dieser Tage erlebte ich einmal mehr ein immer wiederkehrendes Ritual. Der sächsische Wirtschaftsminister war zu Gast bei den Plauener Rotariern, lobte den Innovationsgeist der Vogtländer und wurde prompt mit der Forderung nach einer Fachhochschule in Plauen konfrontiert. Dabei wird stets nach Bayern und nicht nach Sachsen geschaut. Frei nach dem Motto: "Was die Hofer können, muss bei uns schon längst möglich sein!" Natürlich schmerzt die falsche Entscheidung Anfang der 90er Jahre bei uns in Plauen noch sehr. Aber die Forderung kommt 15 Jahre zu spät. Das für die Plauener Stadtgeschichte historische Versagen des damaligen Oberbürgermeisters Magerkord (CDU) und seiner Partei in Dresden hätte damals, als noch andere Weichenstellungen möglich waren, aus der Unternehmerschaft offen kritisiert werden müssen. Wer sich heute darüber noch die Augen ausheult, läuft Gefahr, darüber die nun gegebenen Chancen zu übersehen. Der Studienstandort Vogtland bietet mit seinen drei staatlichen und einer privaten Bildungseinrichtung alle Potenziale für einen attraktiven tertiären Bildungsraum. Und die Studienakademie Plauen ist dabei alles andere als der kleine Spatz in der Hand. Hier entsteht ein praxisnahes Studienangebot auf dem neuesten Stand. Nutzen wir also die Chancen und verrennen wir uns nicht in Nebensächlichem.

Rolf Schwanitz



Lockerungen beim Kommunal-Kombi Vogtlandkreis wird ab 2009 Förderregion



Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales beabsichtigt nach Informationen des Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz (SPD), die Bedingungen für den Kommunal-Kombi zu erleichtern. Dazu soll die Richtlinie zum Bundesprogramm im Hinblick auf die individuellen Zugangsvoraussetzungen für die Teilnehmer gelockert und auch die Anzahl der förderfähigen

Regionen ausgeweitet werden. Um an dem Bundesprogramm teilnehmen zu können, müssen die Arbeitslosen bisher länger als 24 Monate arbeitslos sein. Künftig reicht es, mindestens 12 Monate ohne Arbeit zu sein.

"Damit wird das bisherige 'ABM-Problem' beim Kommunal-Kombi wesentlich entschärft.", sagte Schwanitz. So gab es in Plauen Schwierigkeiten, genügend geeignete Bewerber für das Programm zu finden, weil viele Langzeitarbeitslose eine ABM-Stelle innerhalb der letzten 2 Jahre hatten und in dieser Zeit nicht als arbeitslos galten. Künftig können Arbeitslose die seit

mindestens 12 Monaten ALG II beziehen, durch den Kommunal-Kombi gefördert werden, auch wenn sie vor 2 Jahren für 6 Monate in einer ABM waren. Gleichzeitig ist eine Erweiterung der förderfähigen Regionen vorgesehen. Den Kommunal-Kombi gibt es künftig in Regionen mit einer Arbeitslosenquote von mindestens 12 Prozent statt bislang mindestens 15 Prozent im Referenzzeitraum (08/2006 - 04/2007). Dadurch können 55 weitere Regionen aus dem gesamten Bundesgebiet im Rahmen des Bundesprogramms "Kommunal-Kombi" gefördert werden. Dazu gehört auch der Vogtlandkreis. Das ist eine gute Nachricht für die Betroffenen und die Träger von Maßnahmen.

Neues Thema im Bürgerparlament: Rente



Seit einigen Tagen wird im Bürgerparlament auf der Homepage von Rolf Schwanitz über eine neue Frage abgestimmt: Soll das Rentenrecht Ost mit seinen Sonderregelungen für Rentner und beitragszahlende Arbeitnehmer wegfallen, obwohl es noch nicht zu einer flächendeckenden Angleichung der Löhne und Gehälter zwischen Ost und West gekommen ist? Zu diesem Thema hat Rolf Schwanitz wieder umfang-

reiche "Abstimmungserläuterungen" nach Schweizer Vorbild erstellt. Rolf Schwanitz ist sich der Brisanz der Frage bewusst: "Ich weiß, dass dieses Thema gerade vielen Rentnern in den neuen Ländern unter den Nägeln brennt. Aber auch die Beitragszahler wären vom Wegfall des besonderen Rentenrechts Ost direkt betroffen. Deshalb glaube ich, dass ich mit dem Thema eine gute Wahl getroffen habe. Natürlich

hoffe ich dabei, dass möglichst viele Menschen das Bürgerparlament besuchen und sich an der Abstimmung beteiligen." Bereits seit einem Jahr gibt es im Bürgerparlament die Möglichkeit, über die Neuregelung der Patientenverfügung direkt abzustimmen. Das Bürgerparlament hatte bei diesem Thema mehr als 2000 Besucher, von denen sich über 150 an der Abstimmung beteiligten. Das Abstimmungsergebnis ist klar: 75 Prozent stimmten dafür, dass die Patientenverfügung im Falle einer Entscheidungsunfähigkeit eine verbindliche Handlungsanweisung sein soll. Rolf Schwanitz wird sein eigenes Abstimmungsverhalten dazu im Bürgerparlament begründen, sobald der Deutsche Bundestag darüber abschließend beraten hat.

www.buergerparlament.net

Kurz gemeldet

Sonderprogramm Unternehmensfinanzierung gestartet

Ab sofort können Anträge im neuen KfW-Sonderprogramm Unternehmensfinanzierung gestellt werden. Neben Investitionen werden auch Betriebsmittel und Anschlussfinanzierungen gefördert. Der maximale Kreditbetrag pro Vorhaben beträgt 50 Millionen Euro. Ziel des neuen Förderinstrumentes ist es, die Hausbanken teilweise vom Kreditrisiko zu entlasten. Dadurch erhalten insbesondere Unternehmen mit wenig Eigenkapital und bonitätsschwächere Firmen einen verbesserten Zugang zu Bankkrediten. Bei Bedarf kann eine kostenlose Beratung durch die örtlichen IHK bzw. HWK in Anspruch genommen werden. Außerdem können Unternehmen in Schwierigkeiten über die Kammern eine kostenlose Beratung durch einen externen Experten erhalten.

Fast 10.000 Medikamente ohne Zuzahlung

Im Oktober 2008 waren 9.876 Generika von der Zuzahlung befreit. Patienten sparen bei solchen Arzneimitteln so zwischen 5 und 10 Euro. Die preisgünstigen Generika leisten einen Beitrag zur Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung. Seit 2006 können Medikamente von der Zuzahlung befreit werden, wenn ihr Preis mindestens 30 Prozent unter dem Festbetrag liegt. Die Zahl der von der Zuzahlung freigestellten Arzneimittel ist damit seit dem Sommer um fast tausend gestiegen, nachdem zum 1. Juni 2008 die Festbeträge und Freistellungsgrenzen abgesenkt wurden und die Zahl der zuzahlungsfreien Arzneimittel dadurch auf 8.885 absank.

Vergaberecht modernisiert

Heute hat der Deutsche Bundestag eine Modernisierung des Vergaberechts beschlossen. Das Vergaberecht umfasst die Regelungen für die Einkaufstätigkeit der öffentlichen Hand. Diese Aufträge sind ein beachtlicher volkswirtschaftlicher Faktor. Die Summe der öffentlichen Aufträge beträgt EU-weit über 1 Billion Euro pro Jahr, davon in Deutschland 262 Milliarden Euro pro Jahr. Mit dem nun beschlossenen Gesetz wird das Vergaberecht vereinfacht sowie transparenter und mittelstandsfreundlicher gestaltet. Durch die Pflicht, künftig öffentliche Aufträge im Regelfall in Losen zu vergeben, sollen bei der Vergabe großer Aufträge die Nachteile kleiner und mittelständischer Unternehmen ausgeglichen werden. Um diese mittelstandsfreundliche Auftragsverga-

be auch im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Zusammenarbeit sicherzustellen, muss, sofern das Unternehmen Unteraufträge erfasst, diese Unterauftragsvergabe mit erfasst werden. Nach Auffassung von Rolf Schwanitz werden auch im Vogtland das Handwerk und der Mittelstand davon profitieren. Für ihn war aber auch wichtig, dass die Frage des Tarifrechts vernünftig geregelt wurde: "Aufträge dürfen nur noch an gesetzestreue Unternehmen vergeben werden. Das heißt, dass die Auftragsvergabe zukünftig da-

von abhängt, ob ein Unternehmen sich an für allgemeinverbindlich erklärte Tarifverträge hält." Das Gesetz sieht auch vor, dass zusätzliche Anforderungen - insbesondere an soziale, umweltbezogene und innovative Aspekte - gestellt werden dürfen, wenn sie im sachlichen Zusammenhang mit der einzukaufenden Leistung stehen.



Schulen und Straßen: Neues mittelstandsfreundliches Vergaberecht bei der Sanierung

Politische Bildung fördern und Demokratie stärken

Historisches Stichwort

Es kann Jeden zu jeder Zeit treffen

"Der Archipel Gulag – Versuch einer künstlerischen Bewertung" von Alexander Solschenizyn

Vor 35 Jahren wurde der erste Band seines bedeutendsten Werkes veröffentlicht, dieses Jahr starb er: Alexander Solschenizyn, russischer Schriftsteller und Literaturnobelpreisträger. Als Offizier der sowjetischen Armee äußerte er sich kritisch zu Stalin. Daraufhin wurde er 1945 verhaftet und verbrachte die Jahre bis zur Verbannung 1953 in Lagern. Dort begann er zu schreiben. 1956 wurde er rehabilitiert. "Der Archipel Gulag" stützt sich auf seine Erfahrungen und den Berichten von über 200 ehemaligen Lagerhäftlingen. Geschrieben hat Solschenizyn das Werk zwischen 1958 und 1967. Veröffentlicht wurde es erst 1973 von einem russischen Emigrantenverlag in Paris, weil der KGB das Manuskript entdeckte. Nach der Veröffentlichung wurde Solschenizyn verhaftet und ausgewiesen. "Der Archipel Gulag" ist mehr als ein Roman, eine historische Dokumentation. Darin beschrieb Solschenizyn die Entwicklung des Lagersystems und das Leben der Häftlinge im Lager bis zu deren Tod. Er verglich die Bestrafung politischer Häftlinge unter dem zaristischen und dem bolschewistischen System, die Massenvertreibung und die Zwangsumsiedlung ganzer Völker. Solschenizyn schrieb als Chronist, der die Schicksale der Opfer getreu wiedergab, andererseits verdichtete er die Erlebnisse literarisch, meist sarkastisch bis zynisch. Mit "Der Archipel Gulag" hat er das sowjetische Lagersystem weltweit bekannt gemacht. Die Veröffentlichung war der vielleicht wichtigste Anstoß, die Verherrlichung des Kommunismus durch westliche Intellektuelle zu beenden.

Der Deutsche Bundestag beschäftigte sich Anfang Dezember mit dem Thema "Politische Bildung". Dazu hatten die Fraktionen der Regierungskoalition einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, der mehrheitlich beschlossen wurde. Darin wird gefordert, die Anstrengungen im Bereich der politischen Bildung zu verstärken. In dem Antrag heißt es: "Demokratie ist so stark, wie die Bürgerinnen und Bürger demokratisch sind. Eine Demokratie, die sich nicht um die Förderung der demokratischen Kenntnisse und Fähigkeiten kümmert, wird aufhören, Demokratie zu sein." Ein wichtiger Schwerpunkt des Antrags war der Kampf gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit. Hier sollen die Potentiale politischer Bildung stärker mit anderen präventiven Maßnahmen

verknüpft werden. Ein Ziel, das auch Rolf Schwanitz unterstützt: "Die Auseinandersetzung mit Extremismus ist eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung. Wir müssen dabei das bürgerschaftliche Engagement gegen Extremismus noch stärker fördern." Der Antrag fordert darüber hinaus dazu auf, mehr für die politische Bildung von politik- und bildungsfernen Zielgruppen zu tun. Denn gerade diese Gruppen sind es, die politischen Entscheidungen mangels Wissen skeptisch gegen-

überstehen und sich nicht mehr repräsentiert fühlen. Um die geforderten Aufgaben erfüllen zu können, benötigt die Bundeszentrale für politische Bildung natürlich eine gesicherte Finanzierung. Die SPD-Fraktion hat sich deshalb erfolgreich dafür eingesetzt, dass es im Haushalt 2009 hier zu Erhöhungen des entsprechenden Etats kommt.



Foto: Max Malsch

Jetzt NPD-Verbot vorantreiben!

Das Umdenken der bayrischen Staatsregierung in Sachen NPD-Verbot muss jetzt genutzt werden. Alle Beteiligten im Bund und in den Ländern sollten nun erneut das Verbot der NPD beim Verfassungsgericht beantragen. Auch der Einsatz von V-Leuten in der NPD darf nach Auffassung von Rolf Schwanitz dafür

kein Hindernis sein. Schwanitz sagte: "Die Demokratie muss gegenüber den Feinden der Verfassung wehrhaft bleiben. Das Verbot einer verfassungsfeindlichen Partei darf nicht vom Rückzug der V-Leute des Verfassungsschutzes abhängig sein. Dies widerspricht dem Grundgedanken einer wehrhaften Demokratie. Wenn

der Preis für eine erfolgreiche Klage die Blindheit der Verfassungsorgane wäre, würde die Schutzfunktion des Parteienverbots gegenüber der Demokratie in ihr Gegenteil verkehrt. Dies sollte bei einer künftigen Klage in Karlsruhe als wichtiges Argument aufgegriffen werden." Rolf Schwanitz fordert die beteiligten Verfassungsorgane auf, einen neuen Verbotsantrag vorzubereiten. Hiervon sollte man sich auch um den Preis eines erneuten Scheiterns nicht abhalten lassen. "Gerade weil die NPD in einem so hohen Maße verfassungsfeindlich ist, ist der Rückzug des Verfassungsschutzes nicht vertretbar. Das weitere Zögern beim Verbotsantrag wird aber von den Nazis nur als Ermunterung begriffen."



Kindergesundheit geht alle an

"Kinder in eine gesunde Zukunft" war in der vergangenen Woche das Motto einer zweitägigen Fachtagung in der Berliner Charite, die gemeinsam vom Robert-Koch-Institut und dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ausgerichtet wurde. Dabei wurde die Strategie der Bundesregierung zur Förderung der Kindergesundheit der Fachöffentlichkeit vorgestellt und gemeinsam Möglichkeiten der Umsetzung und der Weiterentwicklung diskutiert. Dazu nahmen zahlreiche Vertreter von Verbänden, Behörden des Bundes und der Länder, kommunalen Spitzenverbänden sowie der Presse teil. Das BMG wurde von Rolf Schwanitz vertreten, der die Pläne der Bundesregierung vorstellte. Er betonte in seiner Rede, dass Kindergesundheit erfolgreiche und politikübergreifende Initiativen braucht. Das Bundesgesundheitsmi-



Rolf Schwanitz auf der Fachtagung zur Kindergesundheit

nisterium wird nach seiner Aussage in den nächsten vier Jahren dafür über 4,2 Mio. Euro zusätzlich einsetzen. Eine dauerhafte Wirkung sei aber nur bei aktiver Unterstützung durch die Länder und Kommunen, die Wissenschaft und die Verbände möglich. Schwanitz appellierte an die Tagungsteilnehmer: "Kindergesundheit geht alle an. In der

Kindheit werden die Grundlagen für einen gesunden Lebensstil gelegt und entscheidet sich oft schon das Risiko für eine spätere Erkrankung. Wir müssen die Eltern dabei unterstützen, allen Kindern eine Chance auf einen guten Start ins Leben zu geben. Dazu bedarf es vielfältiger und gemeinsamer Anstrengungen auf allen Ebenen."

Kurz gemeldet

Investitionszulage bis 2013 verlängert

Bundestag und Bundesrat haben einer Nachfolgeregelung zum Investitionszulagengesetz 2007 zugestimmt. Die Fördersätze des geltenden Investitionszulagengesetzes von 12,5 Prozent, beziehungsweise 25 Prozent für kleine und mittlere Unternehmen werden sich danach von 2010 bis 2013 jährlich degressiv verringern. Investoren, die bis Ende 2009 mit ihren Investitionsprojekten beginnen, können noch von den derzeit geltenden Fördersätzen profitieren. Die Investitionszulagenförderung stärkt direkt die Eigenkapitalbasis der investierenden Unternehmen und erleichtert dem verarbeitenden Gewerbe, den produktionsnahen Dienstleistungen und dem Beherbergungsgewerbe Zugang zu Bankkrediten.

Patienteninfos Online

Rolf Schwanitz hat das Informationsangebot auf seiner Homepage erweitert. Im Servicebereich seines Internetauftritts werden unter der Rubrik Patienteninfos Links zu den wichtigsten Institutionen aufgeführt. Hier können sich die Patienten unabhängig darüber informieren, was man über spezielle Therapien, Arzneimittel und Medizinprodukte wissen muss, welche Rechte die Patienten haben und wie sie sie durchsetzen können. Über die Links sind darüber hinaus wichtige Gesundheitstipps und ein spezielles Informationsangebot zu Arzneimitteln in der Schwangerschaft zu finden. Besonders wichtig: Alle Informationen stammen aus seriösen Quellen. Dieses Angebot soll im oft unübersichtlichen Dschungel des Medizinbereichs helfen. www.rolf-schwanitz.de

Wettbewerb für Klima-Kids

Der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz lädt alle Kinder, Schulklassen und Kindergärten aus dem Vogtland ein, gemeinsam mit dem Umweltluchs Don Cato auf eine spannende Expedition zu gehen. Bei dem Wettbewerb des Bundesumweltministeriums (BMU) sollen Kinder als Klima-Erklärer dem Umweltluchs Don Cato dabei helfen, Außerirdischen den Zusammenhang von Klimaschutz und Artenvielfalt auf der Erde zu erklären. Sie können dazu Bilder malen, basteln oder Geschichten rund um das Thema schreiben. "Was passiert ganz konkret vor unserer Haustür mit der Umwelt? Und wie wirkt sich das auf unser Klima aus? Mit sol-

chen Fragen sollen sich die Kids beschäftigen", sagte Rolf Schwanitz. "Dabei ist Kreativität gefragt – am besten von der ganzen Familie. Klima-Kids können mit Füller, Buntstiften und Bastelschere während der Weihnachtsferien mit tollen, eigenen Umweltideen beim Wettbewerb mitmachen", so der Plauener Bundestagsabgeordnete. Bereits zum siebten Mal schickt das BMU Don Cato gemeinsam mit der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland auf die Reise. "Wer heute mit dem Umweltluchs auf Expedition geht, wird morgen als Erwachsener ein

waches Auge für die Umwelt haben.", betonte Schwanitz. Die pfiffigsten kleinen Umweltschützer im Alter von vier bis zehn Jahren können sich als Belohnung über originelle Spielesets freuen. Für die beste Kindergruppe gibt's außerdem eine riesige Spiellandschaft im Wert von mehreren tausend Euro zu gewinnen. Mehr Informationen zum Wettbewerb gibt es unter:

www.doncato.de



Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-2277937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

9.1.2009, 9 Uhr, Klausurtagung mit Mitarbeitern in Klingenthal

9.1.2009, 19 Uhr, SPD-Ortsverein Plauen im Deutschen Hof

15.-16.1.2009, Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

17.1.2009, 10 Uhr, Eröffnung Mehrgenerationenhaus in Plauen

20.1.2009, 10 Uhr, Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion

20.1.2009, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion

22.1.2009, 11 Uhr, Diskussion mit Besuchergruppe aus dem Vogtland

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Plauen, Dienstag, den 3.2.2009, 13 bis 15 Uhr, Wahlkreisbüro Schwanitz, Freiheitsstraße 13

Reichenbach, Dienstag, 3.2.2009, 16 bis 17 Uhr, SPD-Büro, Weststraße 14

Besinnliches

"Wenn wir die gesamte Menschheit auf ein Dorf mit 100 Einwohnern reduzieren würden, aber die Proportionen aller bestehenden Völker achten würden, wäre dieses Dorf so zusammengestellt:

57 Asiaten, 21 Europäer, 14 Amerikaner, 8 Afrikaner, 52 weiblich, 48 männlich, 70 Farbige, 30 Weiße, 70 Nicht-Christen, 30 Christen, 89 Heterosexuelle, 11 Homosexuelle, 6 Personen würden den gesamten Reichtum besitzen und alle 6 Personen kämen aus den USA, 80 hätten keine ausreichenden Wohnverhältnisse, 70 wären Analphabeten, 50 wären unterernährt, 1 Mensch würde sterben, 2 würden geboren, 1 Mensch hätte einen PC, 1

Mensch hätte einen akademischen Abschluss. Falls Du heute Morgen gesund und nicht krank aufgewacht bist, bist Du glücklicher als 1 Million Menschen, welche die nächste Woche nicht erleben werden. Falls sich in Deinem Kühlschrank Essen befindet, Du angezogen bist, ein Dach über dem Kopf hast und ein Bett zum Hinlegen, bist Du reicher als 78 % der Einwohner dieser Erde. Falls Du ein Konto bei der Bank hast, etwas Geld im Portemonnaie und etwas Kleingeld in einer kleinen Schachtel, gehörst Du zu den 8 % der wohlhabenden Menschen auf dieser Welt."
(aus Kirchenbote Heiden)



**Rolf Schwanitz wünscht
ein besinnliches Weihnachtsfest**

Reform der Krankenhausfinanzierung

Die wirtschaftliche Situation vieler Krankenhäuser ist wegen gestiegener Personal- und Sachkosten schwieriger geworden. Deshalb beschloss der Deutsche Bundestag gestern neue Rahmenbedingungen für die Krankenhausfinanzierung. Vorgesehen sind eine strukturelle Reform der Investitionsfinanzierung und zusätzliche Mittel zur Bezahlung von neu eingestellten Pflegekräften. Außerdem sollen gestiegene Personalkosten wegen hoher Tarifabschlüsse zur

Hälfte von den Krankenkassen übernommen werden, allerdings nur bei den Häusern, die auch tatsächlich Tarif bezahlen. Dadurch verringert sich der Kostendruck auf die Krankenhäuser und weitere übermäßige Arbeitsverdichtungen werden verhindert. Darüber hinaus wird zur Verbesserung der Situation des Pflegepersonals in Krankenhäusern ein Förderprogramm eingeführt. Dadurch werden in drei Jahren ca. 15.000 zusätzliche Stellen im Pflegedienst zu 90 Pro-

Freche Strolche



He Maxe, was schaut'n so mürrisch daher?

Haste nich gehärt, was im letzte Kreisdog los war Moritz? Ich dacht mer hättn itze ein demokratisches Vogtland nach der Kreisreform!

Was tut'n dich daran störe Maxe, was de Kreisrät da beschlossn ham?

Na wie des widder abgeloof'n is bei de Wahlen un der Schülerbeförderung, des spottet doch jeder Beschreibung Moritz.

I wes net, was du da hast Maxe? De Ring is doch e nette Fra un de Schüler derf'n nu och kostenlos fahrn.

Na Moritz, des get doch alles nach de Motto: Gewählt werd nur, wer in der CDU un nich aus Plaua ist. Un positive Entscheidungen derfen sowieso nur von de Landrat selbst komme.

Reech dich net uff Maxe. Des is halt de Koalition der Vernunft!

zent anteilig durch die Krankenkassen finanziert. Zusätzlich wird der Sparbeitrag der Krankenhäuser in Form des Rechnungsabchlags von 0,5 Prozent bei gesetzlich versicherten Patienten ab 1. Januar 2009 aufgehoben. Die für 2009 zugesagten zusätzlichen 3,5 Milliarden Euro werden in voller Höhe an die Krankenhäuser fließen. Gleichzeitig wird sichergestellt, dass diese Summe durch die Verbesserungen für die Krankenhäuser nicht überschritten wird.